Rohstoffpolitisches Positionspapier

Rohstoffversorgung in Rheinland-Pfalz langfristig sichern

Sieben Weichenstellungen hin zu einer nachhaltigen Sicherung der Versorgung mit heimischen Rohstoffen

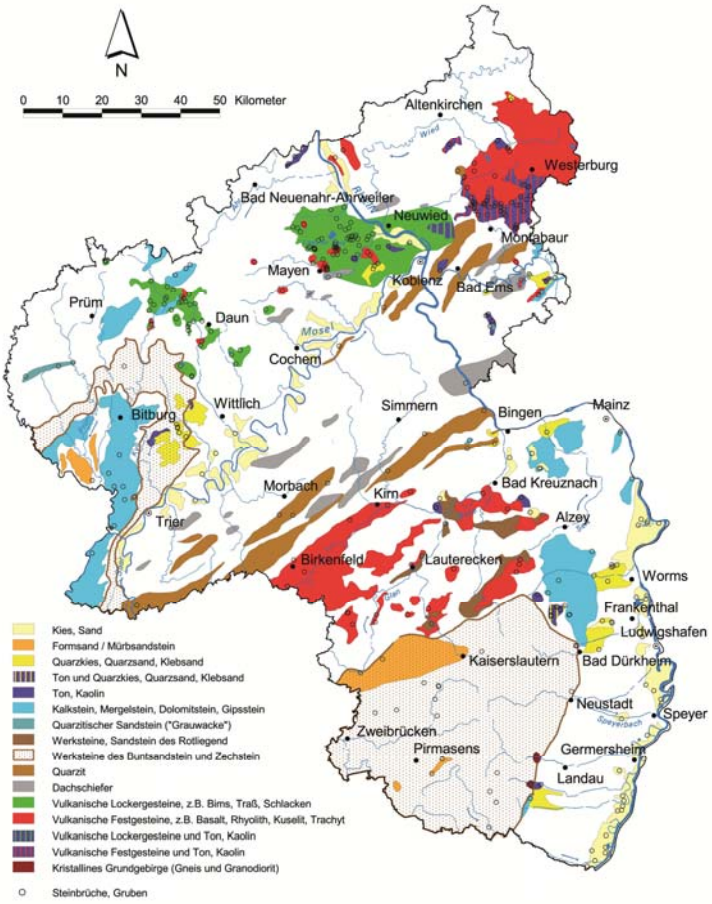

Abb. 1: OberflächennaheRohstoffe in Rheinland-Pfalz [1]

www.ihk-arbeitsgemeinschaft-rlp.de

IHK

Das vorliegende Papier ist Beschlusslage der IHKs:

- IHK Pfalz (Beschluss der Vollversammlung am 13.11.2012)
- IHK Koblenz (Beschluss der Vollversammlung am 21.11.2012)
- IHK Trier (Beschluss der Vollversammlung am 23.04.2013)

Herausgeber

Industrie- und Handelskammern (IHKs) Pfalz, Koblenz und Trier
c/o Federführung Umwelt und Energie bei der IHK Pfalz
Dr. Tibor Müller | GB Innovation, Umwelt und Energie
Ludwigplatz 2-4 | 67059 Ludwigshafen
Tel 0621 5904-1600 | tibor.mueller@pfalz.ihk24.de

Layout und Druck

IHK Pfalz, Juni 2013

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
1. Rohstoffversorgung langfristig sichern	6
2. Rohstoffsicherungsprogramm ausweiten	6
3. Akzeptanz für den Rohstoffabbau schaffen	7
4. Naturschutz dynamisch gestalten	7
5. Partnerschaften zwischen Naturschutz und Rohstoffabbau fortsetzen	7
6. Auswirkungen des flächenbezogenen Umweltschutzes kumulativ betrachten	8
7. Auflagen entbürokratisieren	8

Einleitung

Die wettbewerbsfähige und sichere Versorgung von Industrie und Gewerbe, aber auch von Bürgern und öffentlichen Verwaltungen, mit Rohstoffen hat höchste Priorität. Denn: Die deutsche Wirtschaft reagiert sensibel auf Preisvolatilitäten und Versorgungsengpässe. Dies gilt insbesondere für die Bauwirtschaft und die Industrie. Material und Rohstoffkosten im produzierenden Gewerbe stellen inzwischen - mit durchschnittlich 45% - den mit Abstand größten Kostenblock dar, gefolgt unter anderem von Personalkosten und Energiekosten [2]. Ohne Rohstoffe ist Produktion nicht möglich.

Fast die Hälfte der deutschen Unternehmen (47 Prozent) und mehr als zwei Drittel der Industrieunternehmen (68 Prozent) sehen Risiken bei der Verfügbarkeit von Rohstoffen. Dies belegt eine Umfrage der IHK-Organisation aus dem Winter 2011/2012 unter 1.520 Unternehmen [3]. Im Jahr 2010 waren es lediglich 26 Prozent, bei den Industrieunternehmen 58 Prozent.

Steigende Rohstoffpreise werden zudem von 76 Prozent der Unternehmen als Problem benannt. Selbst bei Industrieunternehmen, die bereits 2010 zu 91 Prozent alarmiert waren, stieg der Wert noch einmal auf 93 Prozent weiter an [3]. Auch die Preise heimischer Rohstoffe steigen, darauf deuten die Antworten aus der Bauwirtschaft hin. Diese Branche bezieht in erheblichem Umfang mineralische Rohstoffe wie Kiese, Sande und Natursteine, die größtenteils verbrauchsnah abgebaut werden.

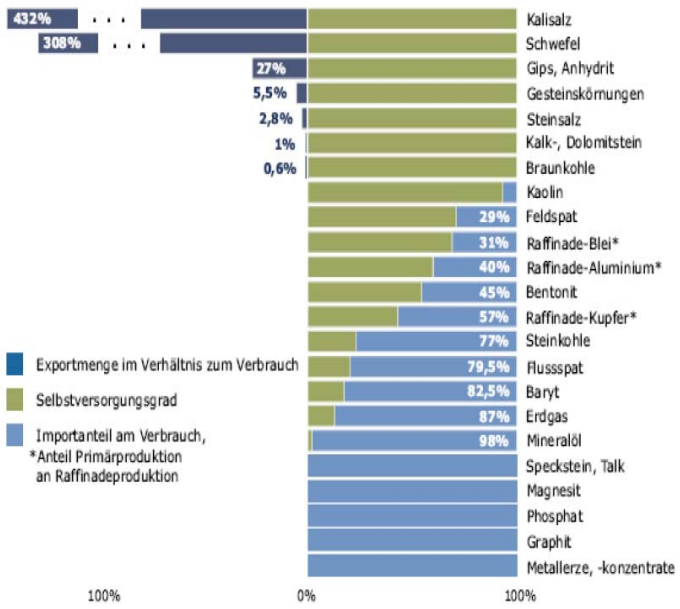

Abb. 2: Importabhängigkeit und Selbstversorgung Deutschlands [5]

Deutschland wird häufig als rohstoffarmes Land bezeichnet, obwohl es über erhebliche Reserven an Steinen und Erden, Braunkohle und Industriemineralien verfügt. Gemessen an ihrer Jahresproduktion sind Kies und Bausand mit ca. 239 Millionen Tonnen und Natursteine mit etwa 208 Millionen Tonnen die wichtigsten heimischen Rohstoffe [4]. Deutsche Unternehmen im Bereich „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden" erzielen insgesamt Umsätze

von über 15 Mrd. Euro pro Jahr [8]. Zum Vergleich: Die gesamten deutschen Rohölimporte liegen mit ca. 31 Mrd. Euro bei nur annähernd dem doppelten Wert [9].

Da heimische Rohstoffe in großen Mengen benötigt werden, ist die regionale Gewinnung für hiesige Märkte aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen dringend notwendig. Der überwiegende Teil der Rohstoffe wird in einem Umkreis von weniger als 100 km um die Lagerstätte abgesetzt [6,7]. Die Weiterverarbeitung zu Vor- und Endprodukten findet vielfach in der Nähe zum Gewinnungsort statt. Bei Massenrohstoffen, wie Kies und Sand, entsprechen die Transportkosten bei Entfernungen von ca. 30 km bereits etwa dem Verkaufspreis ab Gewinnungsstelle [13].

Nach Erhebungen des Landesamtes für Geologie und Bergbau [7] gewinnen in Rheinland-Pfalz mehr als 260 zumeist mittelständische Unternehmen in ca. 650 Betriebsstätten mineralische Rohstoffe. Die Förderung beträgt um die 35 Millionen Tonnen jährlich. Verwendet werden diese Rohstoffe hauptsächlich im Verkehrswegebau (42%), in der Baustoffindustrie (23%) und als Zuschlagsstoffe (12%) [7].

Eine vollständige Deckung des Materialbedarfs ausschließlich durch Recyclingbaustoffe, also aus Bauschutt gewonnenem Material, wird jedoch auch zukünftig nicht möglich sein. Das Substitutionspotential durch Recycling- und sonstige Sekundärstoffe ist größtenteils erschöpft. Hier ist vor allem die bereits heute sehr hohe Verwertungsquote bei Baurestmassen zu berücksichtigen, die bei rund 90% liegt. Trotzdem müssen die Potenziale für den Einsatz von Sekundärrohstoffen, dort wo es ökologisch und ökonomisch sinnvoll sowie technisch möglich ist, ausgeschöpft werden.

Durch aktive Steinbrüche und Gruben werden weniger als 0,1 Prozent und durch alle raum-planerisch gesicherten Lagerstätten im Landesdurchschnitt nicht mehr als zwei Prozent der Landesfläche in Anspruch genommen. Zum Vergleich: Die naturschutzfachlich ausgewiesenen Flächen in Rheinland-Pfalz umfassen mehr als 60 Prozent der Landesfläche [10].

Die zur regionalen Versorgung dringend benötigten heimischen Ressourcen und Vorkommen werden in Rheinland-Pfalz nicht ausreichend planerisch geschützt. Häufig scheitert die Erschließung neuer Lagerstätten bzw. die Ausweitung bestehender am rigiden Regime des europäischen Naturschutzes, konkurrierenden Nutzungsplanungen, unwirtschaftlich hohen Genehmigungskosten oder fehlender Akzeptanz in den politischen Entscheidungsgremien. Um auch in Zukunft eine verbrauchsnahe und bedarfsdeckende Gewinnung von Rohstoffen zu ermöglichen, fordern die Industrie- und Handelskammern (IHKs) Pfalz, Koblenz und Trier:

- Rohstoffversorgung langfristig sichern,
- Rohstoffsicherungsprogramm ausweiten,
- Akzeptanz für den Rohstoffabbau schaffen,
- Naturschutz dynamisch gestalten,
- Partnerschaften zwischen Naturschutz und Rohstoffabbau fortsetzen,
- Auswirkungen des flächenbezogenen Umweltschutzes kumulativ betrachten,
- Auflagen entbürokratisieren.

1. Rohstoffversorgung langfristig sichern

„Zur Sicherung der Rohstoffversorgung" ist gemäß § 1 Bundesberggesetz (BBergG) „das Aufsuchen, Gewinnen und Aufbereiten von Bodenschätzen unter Berücksichtigung ihrer Standortgebundenheit und des Lagerstättenschutzes…zu ordnen und zu fördern". Dabei ist gemäß § 48 BBergG „dafür Sorge zu tragen, dass die Aufsuchung und Gewinnung so wenig wie möglich beeinträchtigt wird."

Die Landes- und Raumplanung in Rheinland-Pfalz sichert die regionale Rohstoffversorgung jedoch langfristig nicht genügend ab. Rohstofflagerflächen müssen grundsätzlich erkundet, gesichert und komplett von konkurrierenden Nutzungen freigehalten werden. Für die langfristige Sicherung reichen „Vorbehaltsgebiete für die Rohstoffsicherung" – als planerischer Grundsatz – dabei nicht aus. Eine spätere Rohstoffgewinnung könnte durch eine andere Nutzungen, die nach dem Planungszeitraum einsetzt, unmöglich gemacht werden. Die Landesplanung muss deshalb den Planungsgemeinschaften die Möglichkeit einräumen, über die „Vorranggebiete für den Rohstoffabbau" hinaus auch „Vorranggebiete für die Rohstoffsicherung" auszuweisen.

Das im Koalitionsvertrag der Landesregierung 2011 - 2016 genannte Ziel, insbesondere in den Natura-2000-Gebieten die Vorrangflächen für die Rohstoffsicherung zu reduzieren [11], lehnen die IHKs ab. Diese Reduzierung würde über die Anforderungen des europäischen Naturschutzes hinausgehen und zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen zu Ungunsten rheinland-pfälzischer Betriebe führen. Viele Natura-2000-Gebiete sind in Folge der Rohstoffgewinnung ausgewiesen worden, da diese erst die Voraussetzung für die Ansiedlung der zu schützenden Arten (z. B. Gelbbauchunke, Kammmolch) schafften.

Eine vorsorgende Rohstoffsicherung darf sich zudem nicht nur am Bedarf ausrichten, sondern auch an den gewinnbaren Lagerstätten. Denn: Eine reine bedarfsorientierte Planung würde gegenwärtige Marktteilnehmer begünstigen, dadurch ein Hindernis für den freien Markt darstellen und steigende Exportpotenziale nicht berücksichtigen.

2. Rohstoffsicherungsprogramm ausweiten

Das Rohstoffsicherungsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz muss fortgeführt und weiterentwickelt werden. In einem ersten Schritt sollten dabei die rohstoffgeologischen sowie bergbaulichen Datengrundlagen ergänzt, konsolidiert und in digitaler Form veröffentlicht werden (Stichworte: Fachplanung Rohstoffsicherung, Rohstoffkataster).

Weitere Maßnahmen zur langfristigen Sicherung des heimischen Rohstoffabbaus sollten von der Landesregierung und dem Landesamt für Geologie und Bergbau – in Kooperation mit IHKs und betroffenen Wirtschaftsverbänden - zeitnah entwickelt und in der geplanten Fortschreibung des Rohstoffberichts Rheinland-Pfalz [7] veröffentlicht werden.

3. Akzeptanz für den Rohstoffabbau schaffen

Die langfristige Sicherung einer heimischen Rohstoffgewinnung liegt im öffentlichen Interesse. Eine wettbewerbsfähige Versorgung mit Rohstoffen ist eine bedeutende Grundlage für unseren Wohlstand. Jeder Deutsche verbraucht statistisch über 35 kg Rohstoffe pro Tag [12]. Leider ist dieser Zusammenhang in der Bevölkerung kaum bekannt und eine breite Zustimmung für den Rohstoffabbau deshalb häufig nicht vorhanden. Über eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sollte das Land und die Kommunen gemeinsam mit den rohstoffabbauenden Unternehmen für eine verbesserte Akzeptanz werben.

Um Konflikte zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen beim Rohstoffabbau bereits im Vorfeld zu identifizieren, minimieren und ggf. sogar ganz auszuräumen, sollten Vertreter entsprechender Organisationen unter Moderation des rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministeriums regelmäßig zusammenkommen und anstehende Herausforderungen diskutieren. Hierfür würde sich der bereits bestehende Rohstoffbeirat anbieten, der wieder zum Leben erweckt werden müsste. In dieses Gremium sollten Vertreter der mittelständischen Rohstoffwirtschaft, der IHKs, der Steine-und-Erden-Verbände sowie des Landesamtes für Geologie und Bergbau berufen werden.

4. Naturschutz dynamisch gestalten

Die strikten Auflagen des Naturschutzes führen häufig dazu, dass der Abbau von Rohstoffen deutlich verzögert oder verteuert wird. Insbesondere die Zurückstellung wirtschaftlicher und sozialer Aspekte bei der Ausweisung und beim Management von Natura-2000-Schutzgebieten wird den Anforderungen nicht gerecht. Dabei werden die Voraussetzungen an den Lebensraum für bestimmte schützenswerte Arten oft erst durch den Rohstoffabbau geschaffen. Eine Reihe von Studien belegt, dass Abgrabungen und Steinbrüche häufig die artenreichsten Bereiche in einer ansonsten artenärmeren Umgebung darstellen [14, 15, 16.]

Bestehende Schutzgebiete sollen deshalb auch hinsichtlich ihrer Grenzen, ihrer Ausdehnung und ihrer Schutzziele geändert werden können, wenn Belange auch wirtschaftlicher und sozialer Art dies erfordern und nach Beendigung der Rohstoffgewinnung ein hochwertiges Habitat zur Verfügung steht. Die Landesregierung sollte sich über den Bundesrat und ihre Vertretung in Brüssel für eine entsprechende Flexibilisierung der FFH- und Vogelschutzrichtlinien einsetzen. Eine Verschärfung der naturschutzrechtlichen Auflagen durch das Landesnaturschutzgesetz, wie im Koalitionsvertrag Rheinland-Pfalz [11] vorgesehen, lehnen die IHKs dagegen ab.

5. Partnerschaften zwischen Naturschutz und Rohstoffabbau fortsetzen

Nach ihrer Stilllegung bilden Steinbrüche, Gruben und rekultivierte Flächen wertvolle Habitate für die Tier- und Pflanzenwelt. Oft können schon während des Abbaubetriebes Lebensräume für geschützte Arten geschaffen werden. Die bewährten Partnerschaften zwischen Naturschutzverbänden und der Wirtschaft, die das erfolgreiche Nebeneinander von Abbau und Artenschutz regeln, sollten deshalb fortgesetzt werden.

6. Auswirkungen des flächenbezogenen Umweltschutzes kumulativ betrachten

Neben dem Naturschutz können weitere flächenbezogene Regelungen den Abbau und die Sicherung von Rohstoffen behindern. Beispiele sind der Gewässer-, Trinkwasser- und Hochwasserschutz, der Landschaftsschutz sowie der Immissions- und Lärmschutz. Die Auflagen dieser Regelungen entfalten kumulative Wirkung, so dass Rohstofflagerstätten häufig sogar von zwei und mehr Schutzgebieten betroffen sind.

Wichtige geologische Vorkommen sind deshalb über die Landes- und Raumplanung durch „Vorranggebiete für den Rohstoffabbau" und „Vorranggebiete für die Rohstoffsicherung" zu schützen (vgl. Forderung 1). Sie sind von Auflagen - soweit möglich – freizuhalten.

7. Auflagen entbürokratisieren

Bedingt durch die sukzessive Verschärfung gesetzlicher Vorschriften wurden die Genehmigungsverfahren für den Rohstoffabbau immer umfangreicher, langwieriger und – durch benötigte Gutachten – auch deutlich teurer. Dabei ist zu beachten, dass diese ständig steigenden finanziellen Aufwendungen - für Verfahren und Gutachten - nicht dem Artenschutz zugutekommen.

Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen stellen die umfangreichen Verfahren inzwischen einen erheblichen finanziellen und bürokratischen Hemmschuh dar. Die mittelständische Struktur der rheinland-pfälzischen Rohstoffwirtschaft wird hierdurch zusätzlich bedroht. Hält diese Entwicklung langfristig an, sehen die IHKs die Gefahr von Oligopoltendenzen in Teilen dieser Branche.

Die IHKs fordert deshalb, dass das Interesse der Landesregierung weiterhin darauf ausgerichtet ist, die Genehmigungsverfahren zu straffen und den Bürokratieabbau bei der heimischen Rohstoffgewinnung – auch im Rahmen der generellen Aufsichtspraxis - voranzutreiben.

Quellen
1. Karte der oberflächennahen Rohstoffe Rheinland-Pfalz, Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz, 2006
2. Kostenanteil im Produzierenden Gewerbe für 2008, Statisches Bundesamt, 2010
3. Energie und Rohstoffe für morgen; Ergebnisse des IHK-Unternehmensbaromter 2012
4. Faktenpapier nicht-energetische Rohstoffe, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, 2012
5. Bericht Deutschland Rohstoffsituation 2010, Deutsche Rohstoffagentur, 2011
6. Willi Kuhn, Vortrag: „Die Steine- und Erdenindustrie aus Unternehmersicht", Mai 2009
7. Oberflächennahe mineralische Rohstoffe in Rheinland-Pfalz, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz, 2007
8. Umsätze der Branchen des produzierenden Gewerbes für 2009, Statisches Bundesamt, Statisches Jahrbuch, Seite 370, 2011
9. Rohölimporte 2009, Pressemeldung 118 des Statischen Bundesamtes, 2010
10. Dr. Friedrich Häfner in „Schätze im Boden", Bericht im Wirtschaftsmagazin der IHK Pfalz, Oktober 2010
11. Koalitionsvertrag 2011-2016 der rot-grünen Landesregierung Rheinland-Pfalz, 2011
12. Verbrauch bzw. Einsatz von Rohstoffen in Deutschland, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 2008
13. Unverbindliche Richtpreistabelle des Bundesverbandes des Deutschen Güterverkehrs aus Oberflächennahe mineralische Rohstoffe in Rheinland-Pfalz, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz, 2007
14. Dr. Holger Buschmann, NABU Niedersachsen, Artenvielfalt in Abgrabungen, Vortrag Vero, 2012
15. Basalt-Actien-Gesellschaft, Lebensräume 2 – Nachhaltige Rekultivierung und Renaturierung
16. HeidelbergCement, Bericht: Steinbrüche und Kiesgruben
17. vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 1 Raumordnungsgesetz (ROG)

Notizen

Notizen

Industrie- und Handelskammer für die Pfalz
Ludwigsplatz 2-4
67059 Ludwigshafen
Tel. 0621 5904-0
Fax 0621 5904-1214
info@pfalz.ihk24.de
www.pfalz.ihk24.de

Industrie- und Handelskammer Koblenz
Schlossstr. 2
56068 Koblenz
Tel 0261 106-0
Fax 0261 106-234
service@koblenz.ihk.de
www.ihk-koblenz.de

Industrie- und Handelskammer Trier
Herzogenbuscher Straße 12
54292 Trier
Tel. 0651 9777-0
Fax 0651 9777-150
infocenter@trier.ihk.de
www.ihk-trier.de